

Gelähmte Politik

JÜRGEN HABERMAS

Schon der Streit über die attentistische Haltung der Bundesregierung während des Golfkrieges hatte wie ein Katalysator gewirkt, um denen Auftrieb zu geben, die sich nach einer neuen „nationalstaatlichen Normalität“ sehnen*. Inzwischen haben diese Revisionisten mit ihrem Wunsch nach einem „unbefangenen“ Verhältnis zur politischen Macht – und zum historischen Erbe unserer Machtpolitik – durch den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien erneut Auftrieb erhalten.

Genscher selbst hatte noch mit seiner Kroatien-Politik dem Genscherismus ein Ende bereitet. Seitdem mehrten sich die bellizistischen Stimmen von Stammtischstrategen, die trotz der begründeten Zurückhaltung der militärischen Experten und ungeachtet der historischen Rolle von Wehrmacht und Waffen-SS in dieser Region endlich wieder deutsche Truppen an der Front sehen wollen. Aus dem „Realismus“ der einschlägigen Leitartikel spricht der doppelte Wunsch, diese Gelegenheit für die Wehrrüchtigung einer machtentwöhnten Nation zu nutzen und die wiedergewonnene Souveränität einer „Großmacht im Herzen Europas“ in Richtung Osten zur Geltung zu bringen.

Wenn sich Ruhe und Kinkel – Plisch und Plum der neunziger Jahre – die Bälle zuwerfen, inszenieren sie immer auch jene Vernetzung von Militär- und Außenpolitik, die einmal das Rückgrat souveräner Staaten gebildet hatte.

Die neudeutsche Souveränität nach außen erfordert eine andere Sorte von Souveränität im Inneren: „Zur realistischen Einschätzung ihrer neuen Lage durch die Deutschen selbst zählt nicht zuletzt der möglichst souveräne Umgang mit solchen Erinnerungen, Urteilen und Vorstellungen, wie sie sich bei den anderen, gerade auch bei den Nachbarn und späteren Verbündeten, traditionell mit der deutschen Großmacht verbunden haben“, so der Historiker Gregor Schöllgen („Angst vor der Macht“).

Von Heinemann bis Weizsäcker hatte die Maxime gegolten, daß wir uns erinnern müssen, wenn die anderen die Chance haben sollen zu vergessen. Heute sorgt man sich darum, daß uns diese Art der Erinnerung unfähig machen könnte, die internationale Verantwortung einer europäischen Großmacht zu übernehmen.

Eine Langzeitwirkung zeigen auch die Geburtsfehler des administrativ durchgepackten und unter wahltaktischen Gesichtspunkten arrangierten Einigungsprozesses. Markt und administrative Macht können Solidarität, die dritte Quelle der gesellschaftlichen Integration, nicht ersetzen – auch nicht ein nachträglich ausgehandelter Parteienkompromiß, welcher der

Solidarpakt nicht sein kann, als den er sich ausgibt. Jener Vertrag, den Herr Schäuble in Gestalt des Herrn Krause mit sich selber abgeschlossen hatte, mußte als Ersatz dienen für einen Gesellschaftsvertrag, den die Bürger zweier Staaten miteinander hätten aushandeln müssen, um die Bedingungen zu kennen, unter denen man füreinander eintreten will.

Was sich heute bemerkbar macht, ist eben das Fehlen einer mit Willen und Bewußtsein vollzogenen Bindung an eine gemeinsame Zukunft. Genau das hatten die – durchaus nicht schweigsamen – Intellektuellen mit ihren Klagen über die normativen Defizite der Vereinigung im Visier.

Heute beschäftigen uns andere Probleme. Innenpolitisch spielen sich die Akteure auf einen Themenkatalog ein, der

nicht viel mit den wirklichen Problemen zu tun hat, aber im Westen wie im Osten der Republik den kleinsten gemeinsamen Nenner der Aufmerksamkeit verspricht. Es sind genau die Themen, die Ängste und autoritäre Einstellungen der Bevölkerung berühren und deshalb Wasser auf die Mühlen der Republikaner leiten: politisches Asyl und Ausländer, Gewaltkriminalität und innere Sicherheit, die Stabilität der Mark in einem vereinten Europa, Drogen- und Atommüllkriminalität oder die Eindämmung der Aids-Epidemie.

Beim Wahlvolk verstärkt sich das Gefühl, daß die Parteien die richtigen Probleme nicht einmal sehen, geschweige denn bewältigen. Die Bevölkerung reagiert mit Wahlenthaltung, Parteienverdrossenheit und Personalisierung. Auf die Ersatzthemen von oben antwortet sie mit einem Ersatzthema von unten: Korruption.

Dabei fallen die Affären nicht einmal mehr gegen diese oder jene Partei in die Waagschale; sie werden

pauschal der – aus dem Politologenjargon ins öffentliche Bewußtsein eingewanderten – „politischen Klasse“ zugerechnet. Wenn man einmal von Italien absieht, wo die Skandale strafrechtliches Format angenommen haben, bilden jedoch nicht die mehr oder weniger lässlichen Sünden der Politiker das erklärungsbedürftige Phänomen. Diese Art der Korruption hat ja in den vergangenen Jahrzehnten keinen Anstoß erregt.

Eher ist zu fragen, wie sich die neue Sensibilität für das, was es immer schon gab, erklärt. In dem Syndrom aufgeregter Verdrossenheit scheinen sich gegenläufige Tendenzen trübe zu verbinden: Auf der einen Seite wächst der demokratische Unwille über die Verstaatlichung von Parteien, die so sehr zum Bestandteil des politischen Systems geworden sind, daß sie das Publikum der Staatsbürger, aus deren Mitte sie agieren und deren Bedürfnisse sie artikulieren müßten, nur noch als Umwelt, also als Manövrierermasse zur Beschaffung von Massenloyalität, wahrnehmen.



Philosoph Habermas

„Der Revisionismus erfaßt vornehmere Kreise“

* Der Beitrag erscheint, vom Autor erweitert, als Nachwort zur Taschenbuchausgabe von „Vergangenheit als Zukunft“ (im Herbst bei Piper).

Auf der anderen Seite ballt sich so etwas wie vordemokratischer Ärger zusammen – Ärger über den agonalen und umwegigen Modus einer vielstimmig-dissonanten Austragung von Konflikten, der alte Wünsche nach starken Personen und einfachen Durchgriffen reaktiviert.

Außerdem besteht objektiv ein Mißverhältnis zwischen der begrenzten Handlungsfähigkeit des politischen Systems und jenen Erwartungen, die es weckt und mit denen es sich selbst überlastet; solange nicht die demokratischen Institutionen den weltweiten systemischen Verflechtungen nachwachsen.

Ob nun mangelnde „Bodenhaftung“, antidemokratische Stereotype oder begrenzte Handlungsspielräume, gegen alle diese Übel wäre zunächst nur ein Kraut gewachsen: Das verhakete Mobile der öffentlichen Kommunikation müßte so in Bewegung gesetzt werden, daß relevante Themen und Beiträge, geeignete Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge frei flottieren und ins öffentliche Bewußtsein treten können.

Das klingt wie eine Leerformel. Und kämpfen nicht tatsächlich alle westlichen Gesellschaften mit derselben Politikverdrossenheit, mit denselben Problemen – mit den gleichen Regierungen, die ihre Probleme vor sich herschieben? Das Trilemma von Arbeitslosigkeit, sozialstaatlicher Sicherung und Rezession; die ökologischen Grenzen des Wachstums; die Disparitäten zwischen den insgesamt wohlhabenden und friedlichen Industrienationen auf der einen, den von Verelendung und blutigen Konflikten heimgesuchten Regionen auf der anderen Seite – dies alles sind keine spezifisch deutschen Probleme.

Aber vor dem Hintergrund der allgemeinen Malaise fällt ein spezifisch deutscher Aspekt auf: Unsere Parteien schieben Probleme vor sich her, die sich nicht zu stauen *brauchten*. Das gilt für die skurrile Behandlung der Blauhelm-Einsätze ebenso wie für die Fragen von Staatsbürgerschaft, Asyl und Einwanderung. Das gilt für die Frage des Ausbaus der EG zu einer Politischen Union, um die die Parteien in der Öffentlichkeit herumstreichen wie die Katze um den heißen Brei, während andere Länder immerhin Referenden abhalten. Das gilt schließlich für die ökonomischen und vor allem sozialen Folgen der Einigung, die die Regierung mit einer Hand-in-Mund-Politik beantwortet.

Alle diese Probleme verharren in einem merkwürdigen Clair-obscur. Die Opposition ist offensichtlich nicht willens oder in der Lage, Alternativen, die doch auf der Hand liegen, breitenwirksam zur Diskussion zu stellen.

Die Alternativen werden vernebelt. So geht es nicht darum, ob sich die Bundeswehr auch an „friedensschaffenden“ oder



Bundespräsident von Weizsäcker, Polizeibeamte*

„Markt und administrative Macht können Solidarität, die dritte Quelle der Integration, nicht ersetzen.“

nur an „friedenserhaltenden“ Maßnahmen der Vereinten Nationen beteiligen soll. Notwendig wäre eine Auseinandersetzung mit Machtbewußten, die vor allem den militärischen Handlungsspielraum von Einzelstaaten und Allianzen – wie der Nato und der WEU – erweitern möchten und darum Einsatzmöglichkeiten „im Einklang mit der UN-Charta“ fordern.

Aber der Artikel 51, auf den man sich beruft, ist schon in der Vergangenheit mißbräuchlich interpretiert worden; er hat auch als Feigenblatt für den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, für den Falklandkrieg und für die amerikanischen Eingriffe in Grenada oder Panama gedient.

Sobald die eigenen Interessen der im Auf-

trag der Uno handelnden Staaten berührt sind, muß eine Weltorganisation, die ihre Zuständigkeit an *andere* delegiert, in den Verdacht und in die Gefahr der Parteilichkeit geraten. Wer das nicht will, muß zur effektiven Ausstattung der Uno mit dem Ziel beitragen, daß diese ihren Beschlüssen erforderlichenfalls selbst, mit Einheiten unter *eigenem* Kommando, Achtung verschaffen kann.

Beim Thema Ausländer haben die Gegner des Asylkompromisses mit Recht geltend gemacht, daß der „Wesensgehalt“ des individuellen Rechtsanspruchs auf politisches Asyl weder durch Abkommen mit „sicheren Drittstaaten“ noch durch einseitige Definitionen „verfolgungsfreier“ Staaten ausgehöhlt werden dürfte. Unklarheit besteht aber weiterhin über das Junktim zwischen Fragen des politischen Asyls und jenen wirtschaftlich motivierten Wanderungsbewegungen, die durch eine faire Einwanderungsgesetzgebung kanalisiert werden müssen.

Zudem kommt mit jedem weiteren Brandanschlag deutlicher zu Bewußtsein, daß unser Staatsangehörigkeitsrecht schon deshalb vom Prinzip der Abstammung auf das Territorialprinzip umgestellt werden muß, um die Einbürgerung der bereits ansässigen Ausländer (einschließlich einer doppelten Staatsbürgerschaft) zu erleichtern.

Was die Zukunft Europas angeht, wird wiederum eine falsche Alternative zwischen der wirtschaftsliberalen Fortsetzung des eingeschlagenen Weges und der nationalkonservativen Verteufelung des „Monstrums Maastricht“ suggeriert. Die Gegner einer europäischen Währungsunion wollen der Mark die Funktion einer Leitwährung erhalten, um die wiedergewonnene nationalstaatliche Souveränität für die Führung einer nach Osten erweiterten, aber politisch eher locker integrierten EG zu nutzen.

Zu diesem rückwärtsgewandten Projekt, Deutschland im dritten Anlauf die Stellung einer europäischen Vormacht in der Mitte des Kontinents zu sichern, ist eine entschiedene Demokratisierung der Brüsseler EG die einzige überzeugende Alternative. Eine föderalistisch aufgebaute, um die Efta-Staaten erweiterte Gemeinschaft muß die geschichtlich und kulturell geprägten Eigenarten der Nationen nicht nur bewahren,

* Bei der Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 8. November 1992 in Berlin.

sondern als vitale Quellen für vernetzte politische Öffentlichkeiten erschließen. Allein auf dieser Basis könnte das Straßburger Parlament Leben gewinnen und seinerseits großräumige Institutionen tragen, die der kommunikativen Macht der Bürger die Chance geben, die systemischen Prozesse des Gemeinsamen Marktes noch zu beeinflussen.

Natürlich sind diese Gesichtspunkte weder neu noch aufregend. Woher dann aber die Hemmung, die Probleme unter den richtigen Beschreibungen zu diskutieren? Vermutlich deshalb, weil alle Seiten eine tieferliegende Kontroverse scheuen: Seit 1989 ist ein Selbstverständigungsprozeß der Bürger über die Rolle ihrer erweiterten Republik fällig. Aber nach dem abgewürzten Versuch einer Verfassungsdiskussion rumort es nur noch hinter den Kulissen. Das verdrängte Gefühl, daß Deutschland deutscher wird, hat eine lähmende Wirkung. Munter macht es nur die, die ihm freien Lauf lassen. Sie zündeln und stecken der Republik ein neues Licht auf. Aus ihrer Sicht legt die geopolitisch begriffene Verschiebung der Bundesrepublik von der „Randlage“ in die alte „kontinentale Mittellage“ auch eine andere Interpunktion der geschichtlichen Vergangenheit nahe: Innerhalb des nun überschaubar gewordenen und zur „Epoche des Weltbürgerkriegs“ zusammengegerafften Zeitraums von 1917 bis 1989 schrumpfte die Periode von 1933 bis 1945 zur Episode.

Damit gewinnt die Alternative *hinter* jenen Alternativen, an der sich die politische Öffentlichkeit bisher vorbeidrückt, Konturen: Soll die erweiterte Bundesrepublik den nach 1945 eingeschlagenen Weg der politischen Zivilisierung fortsetzen, oder wird sich das alte Sonderbewußtsein in anderer Gestalt erneuern?

Warum kommt die Selbstverständigungsdebatte nicht in Gang – oder verfährt sich auf Nebengleisen? Die konservativen Parteien fühlen sich für das intellektuelle Geschäft der Zuspitzung von Grundsatzfragen ohnehin nicht zuständig. Auch außenpolitische Rücksichten mögen dazu nötigen, die Grenzposten von Fall zu Fall zu verrücken. So entziehen sie sich dem Dilemma zwischen Aussagen, die entweder im Ausland Mißtrauen wecken oder bei uns unpopulär sind.

Es ist ja kein Zufall, daß die versandete Diskussion über das seinerzeit in Bonn geplante Nationaldenkmal für die Toten des Zweiten Weltkriegs heute, nachdem die Ostverschiebung der Hauptstadt beruhigende „Fakten“ geschaffen hat, nur noch als ästhetischer Streit ausgetragen wird. Die eigentliche Frage, warum das Holocaust-Museum in Washington und nicht in Berlin steht, wird gar nicht erst gestellt.

Dabei hatte sich der Bankrott des Staatssozialismus und die Beseitigung des Eisernen Vorhangs auf den Kontext der innenpolitischen Auseinandersetzungen zunächst einmal entspannend ausgewirkt. Die Atmosphäre ist entgiftet, weil das seit 40 Jahren herrschende, ubiquitäre Mißtrauen gegen innerstaatliche Feinde gegenstandslos geworden ist. Der von Carl



Anti-Maastricht-Demonstration im Londoner Hydepark

„Die Nationen, auf die sich Nationalstaaten stützen, sind höchst artifizielle Gebilde.“

Schmitt inspirierte Große Verdacht gegen die subversive Linke findet keine Nahrung mehr. Die Linken ihrerseits sind pragmatisch geworden.

Wenn die Linken gleichwohl die Sollbruchstelle einer von rechts mehr oder weniger unauffällig betriebenen „Normalisierung“ meiden und geradezu zaghaft operieren, mag das schon eher mit Zumutungen eines Rollenwechsels zusammenhängen. Ungewohnt ist die im buchstäblichen Sinne konservative Rolle, in der wir uns vorfinden, wenn wir uns für die Fortsetzung eines in der alten Bundesrepublik wenigstens eingeleiteten Prozesses der kulturellen Verwestlichung und Zivilisierung stark machen – oder wenn wir an alte Probleme erinnern, an jene Probleme, die die SPD in ihrem sogleich unter die

nationalen Räder geratenen Berliner Programm schon einmal angepackt hatte.

Diese Sicht der Dinge kompliziert im übrigen den Dialog zwischen West- und Ostintellektuellen. Für diese liegt das Mißverständnis nahe, daß nun auch noch die Selbstverständigungsdebatte nach bekannter Beitritts-, Anschluß- und Entwicklungsmanier geführt werden soll – jedenfalls dann, wenn die Diagnose zutrifft, daß man im Osten Deutschlands die Internationale nur gesungen hat, während die geistigen Traditionsbestände im Westen tatsächlich internationalisiert worden sind. Dieses Gefälle müßte den Verdacht nähren, daß die, die auf die intellektuelle Dimension der Westbindung pochen, nun auch im kulturellen Bereich mit einem Modernitätsrückstand kurzen Prozeß machen möchten.

Wolf Lepenies, der diese Schwierigkeit benennt, sieht dennoch eine Basis der Verständigung: „Das vereinte Deutschland könnte eine Gemeinsamkeit der politisch-moralischen Orientierung auch dadurch finden, daß es an den Antifaschismus der frühen DDR anknüpft.“

Der Antifaschismus ist freilich von der SED in seiner moralischen Substanz soweit beschädigt worden, daß sich vor diesem Hintergrund eine wiedererstehende intellektuelle Rechte als unverbrauchte, zukunftsweisende Kraft empfiehlt, die für eine neue Situation neue Antworten parat hat. Dieser Gestus des Abstoßens und Überbietens hatte schon früh in der Formel Ausdruck gefunden, daß die Geschichte die 68er Generation „abgewählt“ habe. Inzwischen ist der avantgardistische Gestus von rechts zum Erkennungszeichen einer mentalen Einstellung geworden, die so manches verbindet – vom Freiburger Studentenblatt *Junge Freiheit* über dieses und jenes Feuilleton bis hin zu Rainer Zitelmans zeitgeschichtlichem Programm im ehrwürdigen Ullstein-Verlag.

Diese Unternehmungen entpuppen sich bei näherem Zusehen als der dritte Aufzug von Ideen einer jungkonservativen Gruppe von Intellektuellen, die nach 1945 politisch uneinsichtig geblieben und ins Abseits geraten waren, jedenfalls mit ihren in der frühen Nachkriegszeit ausgebildeten Ressentiments nur noch wenige Geister erreichen könnten. Ein Revisionismus, der heute auch wieder vornehmere Kreise erfaßt, gibt Lepenies Anlaß zu dem trockenen Kommentar: „Alle Tradi-

onsbestände sind reaktivierbar. Jetzt wird in Deutschland wieder der Klartext geredet.“

Wie der aussieht, kann man bei Karlheinz Weißmann nachlesen*. Er kehrt die Sonderwegthese kurzerhand um und verabschiedet die alte Bundesrepublik als ein mehr oder weniger pathologisches Interim.

Seit 1917 hatten sich – zunächst mit Wilson und Lenin als deren Exponenten – die utopischen Projekte der Welt Demokratie und der Weltrevolution gegenübergestellt. In dem Maße, wie diese beiden Produkte der Aufklärung geschichtliche Dynamik entwickelten, verlor die Geschichte selbst ihren naturwüchsigen Rhythmus. Der Weltbürgerkrieg ließ die – mit dem Bazillus der Geschichtsphilosophie gleichsam infizierte – Geschichte entgleisen. Die Geschichte hob vom Boden ab und ist erst 1989 in ihren natürlichen Aggregatzustand zurückgekehrt: aus Leningrad wurde wieder St. Petersburg.

Konsequenterweise versteht Weißmann die neu aufgebrochenen Nationalitätenkonflikte als Zeichen der Normalisierung. Auch die Besiegten von 1945 sind wieder in ihre „geschichtliche Existenz“ eingetreten: Sie müssen sich nun zum Subjekt einer mehr oder weniger sozialdarwinistisch verstandenen Machtpolitik machen. Die Deutschen müssen sich vor allem von den Fesseln einer ihnen oktroyierten Aufarbeitung der Vergangenheit befreien.

Die NS-Zeit erscheint jetzt als die unglückliche Verzögerung eines Weltbürgerkriegs, dessen vorgezeichnete Schlachtordnung sich erst nach 1945 formieren konnte, weil Stalin und Roosevelt sich nicht rechtzeitig als die eigentlichen Feinde identifiziert hatten. Die sozusagen irregeleitete Kriegscoalition gegen Hitler erklärt sich allein aus Umständen der geopolitisch bedingten Einkreisung einer verspäteten Nation.

Nachdem die Zeitgeschichte derart auf Vordermann gebracht worden ist, liegen die Schlußfolgerungen auf der Hand: Die Absage an Europa verbindet sich mit dem Blick gen Osten, denn „die alten Kernprovinzen des deutschen Ostens, also Ostpreußen, Schlesien und die östlichen Teile Pommerns und Brandenburgs, (sind) von der Wiedervereinigung der Reststaaten gar nicht berührt“ worden. Das revisionistische Weltbild, ob nun in dieser oder in einer moderateren Lesart, steht und fällt mit der Voraussetzung, daß die Nation die Bezugsgröße des modernen Staates bleibt, in Weißmanns Worten: „Die Nation wird die konstitutive Ordnung bleiben, solange der Planet als Pluriversum existiert.“ Diese These scheint heute vielen einzuleuchten.

Gewiß erringt ein Kollektiv, das sich als Gemeinschaft mit eigener Identität versteht, mit dem Schritt zur Eigenstaatlichkeit eine neue Stufe der Anerkennung, die ihr als vorpolitisch Sprach- und Abstammungsgemeinschaft versagt bleibt.

Das Bedürfnis, als Staatsnation anerkannt zu werden, verstärkt sich zumal in Zeiten der Krise.

Aber dieser Halt verspricht fragwürdige Kompensationen für begründete Ängste. Denn die Nationen, auf die sich Nationalstaaten zu stützen scheinen, sind höchst artifizielle Gebilde. Als fiktive Einheiten waren sie stets das Ergebnis gewaltsamer Homogenisierungsprozesse. Das wiederaufbrechende 19. Jahrhundert im Osten Europas beweist es erneut: Mit neuen Staatsgrenzen entstehen nur neue nationale Minderheiten, und die alten Probleme verschwinden nicht – es sei denn um den Preis „ethnischer Säuberungen“.

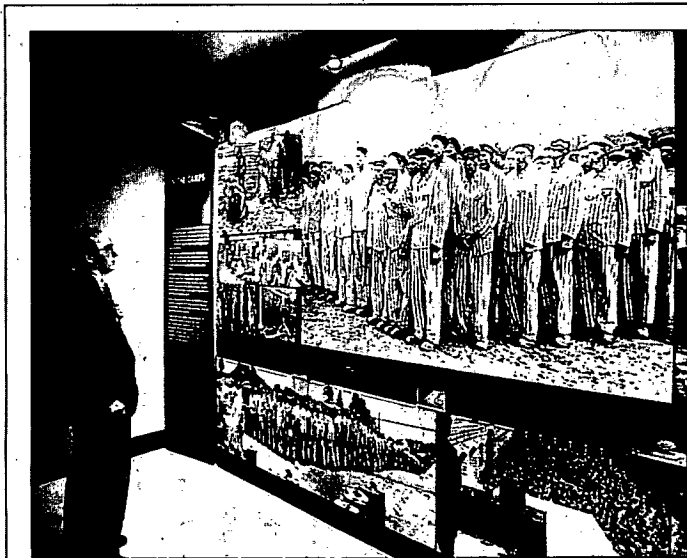
In Westeuropa liegen die Dinge ohnehin anders. Der Multikulturalismus, der sich hier unter dem Druck weltweiter Wanderungsbewegungen herausbildet, ist keine Option, sondern Notwendigkeit. Auf dem Wege zur europäischen Einigung entdecken freilich auch wir den reaktiven Eigensinn der bestehenden Nationalstaaten. Aber die Reibungsverluste, die sie verursachen, bestätigen nur die Überforderung der nationalstaatlichen Handlungsfähigkeiten in einer systemisch immer dichter zusammenwachsenden Welt.

Das 21. Jahrhundert konfrontiert uns mit Herausforderungen, denen selbst die klassischen Staatsnationen nicht gewachsen sind. Paul Kennedy hat in seinem jüngsten Buch** fünf große Trends untersucht: das asymmetrisch verteilte, explosive Wachstum der Erdbevölkerung; die biotechnische Umwälzung der landwirtschaftlichen Produktion und die computergesteuerte Automatisierung der industriellen; die elektronische Vernetzung der Finanzmärkte und den Aufstieg der multinationalen Konzerne; schließlich die zunehmenden ökologischen Belastungen des Naturhaushaltes. Nicht zufällig

laufen seine Analysen immer wieder auf einen Punkt zu – die fragwürdige Zukunft des Nationalstaates:

Für viele Bevölkerungsgruppen scheint er die falsche Art von Einheit geworden zu sein, um unter den neuen Umständen agieren zu können. Für einige Probleme ist er zu groß, um effektiv operieren zu können; für andere ist er zu klein. Infolgedessen gibt es starke Tendenzen, eine Verlagerung der Autorität sowohl nach oben als auch nach unten zu erreichen, um Strukturen zu schaffen, die besser in der Lage sind, auf die heutigen und zukünftigen Kräfte des Wandels zu reagieren.

Auf der Tagesordnung steht heute die Bildung komplexerer Einheiten bei gleichzeitiger Demokratisierung der bestehenden politischen Institutionen. Nur wenn es gelingt, die Kräfte demokratischer Verfassungsstaaten in größeren politischen Einheiten – wie der Europäischen Union – zu bündeln; nur wenn es gelingt, regional handlungsfähige zwischenstaatliche Konferenzen und Bündnisse zu schaffen sowie die Vereinten Nationen aus einem beschließenden in ein handelndes Gremium zu verwandeln, besteht überhaupt die Chance, daß die Bürger gemeinsam über politische Öffentlichkeit und demokratische Verfahren auf die weltweiten systemischen Entwicklungen mit Willen und Bewußtsein noch Einfluß nehmen. □



Holocaust-Museum in Washington

„Die Frage, warum das Museum nicht in Berlin steht, wird gar nicht erst gestellt.“

* „Rückruf in die Geschichte“. Berlin 1992.

** „In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert“. Frankfurt/Main 1993.